



## Presseschau vom 19.08.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

**de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

**Rainer Rupp: Kiews Lügen rund um die drohende Atom-Katastrophe in Saporoschje**

Mit Lügen und Hilfe der NATO-Länder ist es der ukrainischen Führung bisher gelungen, die Verantwortung für eine potenzielle Nuklearkatastrophe in Saporoschje auf die Russen abzuwälzen. Gerissen hat Kiew eine Inspektion des AKWs durch die Internationale Atomenergiebehörde verhindert. Doch das Lügengebäude bröckelt, denn auch für Westeuropa ist die Gefahr zu groß. ...

<https://kurz.rt.com/34yz> bzw. [hier](#)

**Aleksei Tokarjew: China ist nicht wütend – China sammelt sich**

"Der größte Sieg ist der, der keine Schlacht erfordert", schrieb schon Sun Tzu, der chinesische Verfasser des ältesten Lehrbuchs für Strategie. Wenn man sich fragt, wie die komplette chinesische Reaktion auf Pelosis Provokation aussieht, muss man Geduld haben. ...

<https://kurz.rt.com/34um> bzw. [hier](#)

**de.rt.com: Teilnehmer der Kölner Satire-Demo "bedanken" sich für die Corona-Politik (Fotoreihe)**

Auf der satirischen "Danke Demo Köln" verliehen am Mittwoch sowohl Redner als auch Teilnehmer ihrem Protest gegen die Corona-Politik mit Witz und Humor Ausdruck. Dabei kam neben den Corona-Maßnahmen auch die Sanktions- und Energiepolitik der Regierung zur Sprache. RT DE dokumentiert die Demo mit vielen Fotos. ...

<https://kurz.rt.com/3506> bzw. [hier](#)

**de.rt.com: Unter altem Vorwand: Israelisches Militär attackiert palästinensische Menschenrechtsgruppen**

Israelische Streitkräfte haben die Büros von sieben Organisationen aufgebrochen, geplündert, verriegelt und den Zutritt verboten. Damit weitet Israel seine Kampagne gegen die zivilgesellschaftlichen Gruppen aus, die es wagen, dessen Politik zu kritisieren. ...

<https://kurz.rt.com/351a> bzw. [hier](#)

**Dagmar Henn: Vom Regen in die Traufe oder: Warum wird an Olaf Scholz gesägt?**

Irgendwie schon komisch, dass jetzt plötzlich alle in der Vergangenheit von Olaf Scholz Cum-Ex entdecken. Das konnte man schon im letzten Sommer wissen. Wozu dient es also, den erst im letzten Herbst mühsam auserkorenen Kanzler zu stürzen? ...

<https://kurz.rt.com/3516> bzw. [hier](#)

**Bernhard Loyen: AGG-Jahresbericht: Keine Diskriminierung durch 2G- und 3G-Maßnahmen oder Impfpflicht**

Knapp tausendmal wandten sich Bürger im Jahr 2021 in Deutschland an die Beratung der Antidiskriminierungsstelle, weil sie sich durch 2G- und 3G-Regelungen wie auch Einschränkungen ausgehend von ihrem Impfstatus diskriminiert gefühlt haben. Aufgrund der Definition der Behörde fanden gerade diese Anzeigen keine Erwähnung in der nun veröffentlichten Jahresstatistik. ...

<https://kurz.rt.com/34xg> bzw. [hier](#)

**Gert Ewen Ungar: Appell der westlichen Führer: Frieren für Demokratie und Freiheit**

Der Publizist Josef Bouška wirbt für eine Änderung der strategischen Kommunikation. Das Absinken des Lebensstandards sei nicht als Solidarität mit der Ukraine zu kommunizieren, sondern als von jedem zu leistender Beitrag im Kampf für Demokratie und westliche Werte.

...

<https://kurz.rt.com/34zy> bzw. [hier](#)

### **Rachel Marsden: "Extremisten" überall: Der Westen braucht Sündenböcke für seine selbstzerstörerische Politik**

Das westliche Establishment versucht verzweifelt, die Verantwortung für die drohende Katastrophe einer Energiekrise, gekoppelt mit einer Sozialmisere, abzuwälzen, die ausschließlich von ihnen selbst verursacht wurde. Entweder sieht man die Schuld bei Putin oder bei den eigenen Bürgern. ...

<https://kurz.rt.com/3534> bzw. [hier](#)

### **Nachträge vom 18. August:**

#### **wpered.su: Die Donezker Kommunisten setzen ihre humanitäre Arbeit fort**

Vertreter der Kommunistischen Partei der DVR, der Union sowjetischer Offiziere und Verteidiger des Donbass sowie der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ setzen ihre humanitäre Arbeit fort, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit. Dank der Kosaken aus der Stadt Armawir ist humanitäre Hilfe in der Republik eingetroffen, zu der Rollstühle, Lebensmittelpakete, Haushaltschemie sowie medizinische Güter und verschiedene Dinge für Soldaten gehören.

Vor kurzen haben Aktivisten Dokutschajewsk besucht, wo sie an die Einwohner Lebensmittelpakete und Wasser ausgegeben haben. Außerdem wurde Hilfe für Soldaten übergeben.

#### **Kprf.ru: G.A. Sjuganow: „Den Staatsterrorismus der Bandera-Banden stoppen! Die Gesellschaft erwartet von der Regierung Russlands entschiedene Handlungen“**

Aus der Zone der Spezialoperation Russlands in der Ukraine kommen Mitteilungen, die ernsthafte Besorgnis hervorrufen. Die wahnsinnigen Beschießungen des Atomkraftwerks in Saporoshe, des größten in Europa. Jeden Tag fallen Geschosse und Raketen auf die Städte und Ortschaften des Donbass, der Oblaste Cherson und Saporoshe. Geheimdienste der Bandera-Junta führen Diversionsoperationen in der Krim und anderen russischen Regionen durch. Nachdem sie eine Niederlage nach der anderen auf dem Kampffeld erlitten, sind die Bandera-Banden zu offenem Terror übergegangen. Das war ihnen auch schon zuvor zu eigen. Selbst das vollständig russophobe „Amnesty International“ war gezwungen zuzugeben, dass die Nutzung der Zivilbevölkerung als lebenden Schild durch die ukrainischen Streitkräfte und die Nazi-Bataillone, die Stationierung von Feuerstellungen in Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern grobe Verletzungen allgemein anerkannter Normen und Regeln der Kriegsführung sind.

Aber der Beschuss des Saporosher AKW, der die Welt an den Rand einer nuklearen Katastrophe bringt, Schläge auf das Chemiewerk Stirof in Gorlowka, durch die ökologische Notfälle drohen, und Diversionsakte auf der Krim, das sind prinzipiell neue Erscheinungen. Sie bestätigen unsere feste Überzeugung, dass das Nazi-Regime in Kiew die brüderliche Ukraine in einen terroristischen Staat verwandelt hat.

Leider beschränkt sich die russische Seite bisher auf Aufrufe an die sogenannte „Weltgemeinschaft“, die Akte von Staatsterror zu verurteilen. Es ist sinnlos, von Sponsoren des Terrorismus in Gestalt der USA, der EU und der NATO eine Verurteilung der Verbrechen

von Neofaschisten zu erwarten, denn sie handeln auf direkte Anweisung Washingtons und Londons. Genauso nutzlos ist es, auf internationale Organisationen zu setzen, die vollständig von den Amerikanern kontrolliert werden.

Die ganze Geschichte der Beziehungen Russlands mit der westlichen Welt zeugt davon, dass unsere „Partner“ nur eine Sprache verstehen, die Sprache der Stärke, der Standhaftigkeit und des Mutes. Die Neonazis in Kiew und ihre westlichen Puppenspieler haben schon lange alle „roten Linien“ überschritten. Aber die Versprechungen einer harten Reaktion Moskaus in Form von Schlägen auf die Entscheidungszentren bleiben bisher noch weitere „ernsthafte Warnungen“. Die Geschichte zeigt, dass sogar hunderte solcher Warnungen nicht nur keinen Einfluss auf die Provokateure haben, sondern bei ihnen auch ein Gefühl der Straflosigkeit schaffen. Nur ein entschiedener und fester Widerstand gegen die, die die Welt bewusst und hartnäckig in den Strudel einer atomaren Apokalypse ziehen, kann sie stoppen.

Die russische Führung hat ausreichend Kräfte und Mittel sowie das Wissen über die wunden Punkte der Anführer des verbrecherischen Regimes in Kiew, um sie zur Besinnung der bringen. Die Gesellschaft erwartet von der Regierung energischere Handlungen, die den staatlichen Terrorismus Selenskijs und seiner Bande stoppen.

Russland wartet schon lange auf eine energischere Umsetzung der notwendigen sozialökonomischen Umgestaltungen. Die Schaffung günstiger Bedingungen für ein würdiges Leben der Bürger und einer geistigen Wiedergeburt des Vaterlandes. Ohne das ist es unmöglich, die Armee mit allem für den Sieg über die Neonazis Notwendigem auszustatten, das Land auf den Weg einer souveränen Entwicklung zurückzuführen. In diesem Zusammenhang rufen die Mitteilungen über eine Privatisierung oder sogar einen Bankrott von Unternehmen der Verteidigungsindustrie besondere Besorgnis hervor.

Eine reale Konsolidierung der russischen Gesellschaft um die militärische Spezialoperation in der Ukraine – das ist die Hauptbedingung für einen Sieg über den Neonazismus. Diese ist nur dann möglich, wenn die Gesellschaft ganz genau den Charakter der Geschehnisse erfasst und auf die zu treffenden Entscheidungen Einfluss nimmt.

Ein Zentrum eines fruchtbaren Dialogs der ausführenden Staatsgewalt mit der Gesellschaft ist das Parlament. Es vertritt alle Bürger des Landes. Und unter den heutigen Bedingungen ist es verpflichtet, effektiver zur Erreichung der Ziele und Aufgaben der militärischen Spezialoperation zu arbeiten. In diesem Zusammenhang bringen wir den Vorschlag ein, in der allernächsten Zeit eine Sitzung des Rats der Staatsduma durchzuführen, wo die Lage erörtert werden muss. Es sind zusätzliche Maßnahmen für einen erfolgreichen Abschluss der militärisch-politischen Operation zu erarbeiten, deren Hauptziel, wie der Präsident unterstrichen hat, der Schutz der Russischen Welt, die Vernichtung des Nazismus und die Demilitarisierung der Ukraine ist.

*G.A. Sjuganow, Vorsitzender der ZK der KPRF.*

## **abends/nachts:**

### **19:27 de.rt.com: Nordkoreanischer Botschafter: Pjöngjang wird Russlands Maßnahmen in der Ukraine weiter unterstützen**

Wie [TASS](#) berichtet, hat Pjöngjang alle Maßnahmen der russischen Führung im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine unterstützt und wird sie auch weiterhin unterstützen, bemerkte der Botschafter der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) in Moskau, Shin Hong-chul, am Donnerstag.

"Wir werden sowohl in der Vergangenheit als auch in der Zukunft alle Maßnahmen unterstützen, die die russische Regierung im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine ergreift", sagte er auf einer Veranstaltung in der Botschaft der DVRK zum 20. Jahrestag des Besuchs des ehemaligen Republik-Führers Kim Jong II im Osten Russlands. Shin fügte hinzu, dass Russland eine harte Antwort auf die westlichen Länder gebe und große

Fortschritte bei der Gewährleistung seiner Sicherheit mache. Shin weiter:

"Die derzeitige harte Reaktion Russlands auf die Vereinigten Staaten und die westlichen Länder ist eine unvermeidliche und erzwungene Entscheidung, um die Sicherheit des Staates und das Leben der Menschen gegen die Bedrohung durch die Osterweiterung der NATO, ihre unverhohlene militärische Einmischung und den beispiellosen politischen und wirtschaftlichen Druck auf Russland zu verteidigen."

Pjôngjang feiere die großen Erfolge Moskaus bei der Gewährleistung seiner Sicherheit, sagte er. "Heute freuen wir uns, dass das freundliche russische Volk große Fortschritte bei der Verwirklichung einer gerechten Sache macht, um die Würde, die Sicherheit und die Entwicklungsrechte des Landes zu schützen, indem es mutig alle Arten von Schwierigkeiten und Herausforderungen überwindet, die sich ihm in den Weg stellen", fügte der Botschafter hinzu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fe59c048fbef673f460b65.jpg>

*Botschaft der DVRK in Moskau, 10. Mai 2017*

### 19:53 de.rt.com: **Russland schickt Protestnote an estnisches Außenministerium wegen Abriss des T-34-Denkmal**

Russland hat im Zusammenhang mit der Demontage des Denkmals für den sowjetischen T-34-Panzer und sechs weitere Denkmäler in Narva eine Protestnote an das estnische Außenministerium geschickt. Dies erklärte der stellvertretende Direktor der Informations- und Presseabteilung des russischen Außenministeriums, Iwan Netschajew, am Donnerstag in einer Stellungnahme.

Der Diplomat wies darauf hin, dass die estnischen Behörden trotz massiver Proteste der Anwohner am 16. August dieses Denkmal in einem Vorort von Narva sowie sechs weitere Denkmäler in Narva abmontiert haben. Bei letzteren handelt es sich um die Gedenktafeln auf dem zentralen Petrowski-Platz, ein Denkmal für den Helden der Sowjetunion Igor Grafow, einen Obelisk für die Soldaten der Roten Armee, ein Denkmal für die Landungstruppen in Meriküla und zwei Denkmäler in der Stadt Narva-Jõesuu. Er sagte:

"In diesem Zusammenhang haben wir eine entsprechende Protestnote an das estnische Außenministerium geschickt."

Netschajew wies darauf hin, dass in Estland in letzter Zeit insgesamt etwa 15 sowjetische Gedenkstätten abgebaut wurden. Der russische Diplomat fügte hinzu:

"Gleichzeitig haben estnische Politiker einen Kurs für die vollständige Beseitigung aller Gedenkstätten aus der Sowjetzeit angekündigt."

Ihm zufolge sei bezeichnend, dass die schändliche Aktion in Narva als "Polizeiaktion" durchgeführt wurde, die von der estnischen Polizei und dem Grenzschutz abgesichert wurde. Er betonte auch, dass trotz dieser zynischen Aktion niemand den Esten ihr legitimes Recht nehmen werde, die historische Erinnerung an die entscheidende Rolle der Sowjetarmee bei

der Befreiung Europas vom Faschismus zu bewahren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fe670748fbef6c5f0a294a.jpg>  
*Denkmal für den sowjetischen T-34-Panzer in Narva, Estland (Archivbild)*

20:12 de.rt.com: **Journalist Thomas Röper nach Donbass-Reise: "Was westliche Medien berichten, hat nichts mit der Realität zu tun, die ich dort erlebt habe"**

Russland hat am Donnerstag angesichts des Besuchs des UN-Generalsekretärs António Guterres in der Ukraine vor einer Provokation Kiews im Kernkraftwerk [Saporoschje](#) gewarnt, dessen Truppen dieses "systematisch" beschießen.

Auch wenn das AKW seit Monaten unter Kontrolle russischer Truppen stehe, beharrt Kiew auf der Behauptung, dass dieses durch Russland und damit durch die eigenen Truppen beschossen werde. Solche und ähnliche Behauptungen Kiews zu anderen Vorfällen werden oft unkritisch in westlichen Medien verbreitet.

RT [sprach](#) in diesem Zusammenhang mit dem Journalisten Thomas Röper, der sich im Donbass ein eigenes Bild von den dortigen Ereignissen machte. Er hält fest: "Mit dem, was ich in den westlichen Medien lese, hat das, was ich vor Ort erlebe, nichts zu tun."

Röper weist beispielsweise auf Verbrechen Kiews hin, die vom westlichen Mainstream tabuisiert würden.

"Als ich zum Beispiel in Donezk war, was jetzt schon zwei Wochen her ist, glaube ich, und sie angefangen haben, diese Landminen runterzuwerfen. Das heißt, die haben Raketen und jede Rakete wirft 312 Landminen ab. Die fallen runter. Sieht ein bisschen aus wie ein Spielzeug. Sie liegen überall. ... Die Dinger sind Kriegsverbrechen, sie werden in Wohngebieten abgeworfen!"

Solche Themen "kommen im westlichen Mainstream gar nicht vor", so Röper. "Die Liste ist so lang, dass wir eine eigene Sendung machen müssten über das, was man im Westen nicht erfährt", fügte er hinzu.

Völlig unberücksichtigt bleibe, dass die Präsenz und Operation der russischen Soldaten im Donbass vielerorts begrüßt werde.

Die gleiche Problematik spiele sich auch um das AKW Saporoschje ab, so Röper. Es sei Russland, das beinahe täglich fordert, dass eine Mission der Internationalen Atomenergiebehörde ins AKW kommen soll und Kiew den Beschuss unverzüglich einstellen müsse.

Kiew dagegen verhindere mit zweifelhaften Vorwänden eine neutrale Inspektion durch die IAEO.



<https://thumbs.odycdn.com/b884d34c2ccd04a52e367d6bc732c057.webp>

### 20:34 de.rt.com: **Erdoğan warnt vor "neuem Tschernobyl" in der Ukraine**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat mit Blick auf das russisch kontrollierte Atomkraftwerk Saporoschje vor einer nuklearen Katastrophe gewarnt. Am Donnerstag sagte Erdoğan in Lwow dem Präsidentenpalast zufolge:

"Wir wollen kein neues Tschernobyl erleben."

In der westukrainischen Stadt waren Erdoğan, UN-Generalsekretär António Guterres und der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij zu Gesprächen zusammengekommen.

Russland führt seit knapp sechs Monaten in der Ukraine eine Militäroperation durch.

Russische Einheiten kontrollieren das südukrainische Atomkraftwerk Saporoschje bereits seit Anfang März. Kiew und Moskau werfen sich gegenseitig den Beschuss des Kraftwerksgeländes vor. Mit seinen sechs Reaktoren und einer Nettoleistung von 5.700 Megawatt ist es das größte AKW in Europa.

Im ukrainischen Atomkraftwerk Tschernobyl hatte sich im Jahr 1986 die größte Nuklearkatastrophe auf europäischem Boden ereignet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fe7562b480cc2c83735002.jpg>

### 20:45 de.rt.com: **Brücke von Kertsch: Selenskij-Berater droht mit Zerstörung von Europas längster Brücke**

Kiew will das Bauwerk über der Meerenge von Kertsch zerstören und kündigt Sabotageakte an. Für die ukrainische Regierung ist die längste Brücke Europas lediglich ein "illegales Bauwerk und die Hauptzufahrt für die Versorgung der russischen Armee auf der Krim".

Die russische Krimbrücke, das größte Bauwerk seiner Art in Europa, sollte einem Berater des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij zufolge "zerstört werden".

"Sie ist ein illegales Bauwerk und die Hauptzufahrt für die Versorgung der russischen Armee

auf der Krim", antwortete Michail Podoljak am Dienstag gegenüber dem Guardian auf die Frage, warum Kiew sie angreifen will.

Die Brücke wurde gebaut, nachdem sich die Krim 2014 in Folge eines bewaffneten Putsches in Kiew von der Ukraine losgesagt und in einem Referendum für den Anschluss an Russland gestimmt hatte. Sie stellt eine direkte Straßen- und Schienenverbindung mit der Region her, die zuvor nur auf dem See- oder Luftweg vom übrigen Russland aus zu erreichen war. Die Brücke wird vor allem für den Zivilverkehr genutzt.

Podoljak hat nun als letzter ukrainischer Beamter Kiews Absicht bestätigt, das Bauwerk anzugreifen. Mit seiner Aussage deutete er an, dass die Ukraine die Ausführung von Sabotageakten auf der Krim vorbereitet.

Seit letzter Woche wurden militärische Einrichtungen mit Munitionslagern an zwei verschiedenen Orten auf der Halbinsel durch starke Explosionen erschüttert. Das russische Verteidigungsministerium stufte die jüngste Explosion, die sich am Dienstag in der Nähe des Dorfes Majschoje im Norden der Krim ereignete, als Sabotageakt ein.

Kiew hat sich bislang nicht offiziell zu den Vorfällen bekannt. Aber viele ukrainische Beamte haben dies angedeutet, und auch Podoljak hat sich in seinem Interview mit der britischen Zeitung dieser Bewertung angeschlossen.

"Ich stimme mit dem russischen Verteidigungsministerium hinsichtlich seiner Vorhersage weiterer Vorfälle dieser Art innerhalb der nächsten zwei, drei Monate überein. Ich denke, wir werden noch mehr solcher Vorfälle erleben", sagte er.

Der ukrainische Präsidentenberater bezeichnete die Angriffe als "Gegenoffensive". Dabei unterscheidet sich diese Gegenoffensive von den militärischen Aktionen, die üblicherweise mit diesem Begriff beschrieben würden.

"Eine ukrainische Gegenoffensive sieht ganz anders aus [als eine russische]. Wir verwenden nicht die Taktiken der 60er und 70er Jahre des letzten Jahrhunderts", erklärte er. Der Guardian vermutet, Podoljak habe damit möglicherweise stillschweigend zugegeben, dass die Ukraine mit der Aufstellung von Truppen und Waffen auf dem Schlachtfeld für die geplante Gegenoffensive gegen die russischen Truppen gescheitert ist.

Seit Wochen versprechen ukrainische Spitzenbeamte den baldigen Beginn einer Rückeroberung der Stadt Cherson. Einige behaupteten sogar, die Operation sei bereits im Gange.

Podoljak sagte letzte Woche gegenüber der BBC, "alle öffentlichen Erklärungen" ukrainischer Beamter seien "psychologische Kriegsführung" zur Demoralisierung der russischen Armee.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fe5e3d48fbef679e19c107.jpg>

20:46 de.rt.com: **Erdoğan glaubt an Ende des Ukraine-Krieges "am Verhandlungstisch"**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan setzt weiter auf eine diplomatische Lösung für den Krieg in der Ukraine. Am Donnerstag sagte Erdoğan in Lwow laut dem türkischen Präsidentenpalast:

"Ich glaube weiter daran, dass der Krieg irgendwann am Verhandlungstisch enden wird.

Tatsächlich sehen auch Herr Selenskij und Herr Guterres das so." Man werde die Ergebnisse der Gespräche mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin auswerten, so Erdoğan laut einer Mitteilung.

### 21:13 de.rt.com: **Faktencheck: Kein Angriff von Charkower Studentenwohnheim durch russische Truppen**

Vor einigen Tagen verbreitete die ukrainische Propaganda eine Falschmeldung über "eine weitere Gräueltat der Raschisten gegen ukrainische Zivilisten". Angeblich habe Russland ein Wohnheim in Charkow angegriffen, in dem Zivilisten lebten.

Der Telegram-Kanal "War on Fakes" veröffentlichte Beweise für eine weitere Lüge der ukrainischen Propagandisten. Die Autoren geben an, dass die russischen Luft- und Raumfahrtkräfte nicht, wie von den ukrainischen Medien behauptet, das Wohnheim, sondern die Schelesnodoroschnik-Kulturhalle getroffen haben. Sie fanden ein Foto des Gebäudes und verglichen es mit dem von den ukrainischen Medien verbreiteten Foto des Gebäudes. Später schrieben auch ukrainische Quellen darüber. Die Kulturhalle wurde von Militanten und ausländischen Söldnern als Aufmarschort und Munitionslager genutzt. Dies wird durch aktuelle Fotos und Videos bestätigt, die an diesem Ort aufgenommen wurden.

Die Fotos vom Ort des Einschlags zeigen eindeutig einen Lieferwagen mit einem Emblem, das die Darstellung eines Kosaken und die Aufschrift "Sirkos Team" enthält. Im Internet gibt es Fotos von ukrainischen Kämpfern, die mit Waffen vor diesem Lieferwagen posieren. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurde ein vorübergehender Stützpunkt ausländischer Söldner in Charkow getroffen, was zur Ausschaltung von über 90 Kämpfern führte.

### 21:34 de.rt.com: **UN-Chef: Gelände um AKW Saporoschje muss entmilitarisiert werden**

UN-Generalsekretär António Guterres hat erneut den Rückzug aller Truppen rund um das gefährdete ukrainische Atomkraftwerk Saporoschje gefordert. Am Donnerstag sagte Guterres nach einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij und dem türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdoğan in Lwow:

"Das Gebiet muss entmilitarisiert werden."

Die Anlage dürfe nicht im Rahmen militärischer Operationen genutzt werden, so Guterres. Er fügte hinzu:

"Stattdessen ist dringend eine Einigung erforderlich, um Saporoschje als rein zivile Infrastruktur wiederherzustellen und die Sicherheit des Gebiets zu gewährleisten."

Jede mögliche Beschädigung des AKW sei Selbstmord.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fe7a9448fbef3a9807a847.jpg>

### 21:39 de.rt.com: **Russische Luftabwehr wird bei Kertsch aktiv – Bewohner berichten von Explosionen**

Die russische Luftabwehr hat am Donnerstagabend über der Stadt Kertsch auf der Krim auf nicht genannte Objekte geschossen. Das teilte ein Berater der politischen Führung der Halbinsel nach ersten Einschätzungen mit. "Es besteht keine Gefahr für die Stadt und die Brücke", schrieb Berater Oleg Krjutschkow auf Telegram. In den sozialen Netzwerken berichteten Bewohner von Kertsch, dass zwei Explosionen zu hören gewesen seien. In der Hafenstadt beginnt die 18 Kilometer lange Brücke zwischen der Krim und dem russischen Festland. Die Ukraine sieht das 2018 eröffnete Bauwerk als legitimes militärisches Ziel an. Russland hat für den Fall eines Angriffs auf die Eisenbahn- und Straßenbrücke mit massiver Vergeltung gedroht (RT DE berichtete)

Inzwischen sind erste Aufnahmen von den Explosionen in den sozialen Netzwerken veröffentlicht worden.

Demnach habe es zwei Explosionen gegeben. Örtliche Medien hätten hingegen von Manövern gesprochen.

Allerdings hätten die Bewohner über Explosionsgeräusche am Himmel berichtet. Auch seien Flugzeuge zu hören gewesen.

Wie der Telegram-Kanal Ransche wsech. Nu potschti meldet, soll in der Nähe von Kertsch eine Drohne abgeschossen worden sein. Dies teilte Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung der Region Saporoschje, mit.

"Nach ersten Informationen wurde eine ukrainische Drohne weit entfernt von der Krim-Brücke abgeschossen. Es gab keine Verletzten oder Schäden", so Rogow.

### 21:57 de.rt.com: **Im Gebiet Belgorod brennt ein Munitionsdepot**

Ein Munitionsdepot in der Nähe des Dorfes Timonowo im Stadtbezirk Waluiski, Gebiet Belgorod, ist in Brand geraten. Dies teilte Gouverneur Wjatschaslaw Gladkow mit. Auf seinem Telegramm-Kanal schrieb er:

"Nach den neuesten Daten gibt es keine Verletzten, keine Opfer. Der Bezirksvorsteher bringt die Bewohner der Dörfer Timonowo und Soloti in Sicherheit."

Nach Angaben des Leiters des Gebiets sind alle Einsatzkräfte vor Ort im Einsatz. Die Brandursache wird derzeit ermittelt.

### 22:08 de.rt.com: **Putin fordert technologische Souveränität für russischen Schiffbau**

Nach Ansicht des russischen Präsidenten ist es notwendig, dass möglichst viele Maßnahmen zur Ausrüstung, Umrüstung und Reparatur von Schiffen im Land durchgeführt werden, wie [TASS](#) meldet.

Es sei unmöglich und unnötig, alles durch Importe zu ersetzen. Aber es sei notwendig, die technologische Souveränität zu erlangen, sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Donnerstag bei einem Treffen zur Entwicklung der russischen Schiffbauindustrie:

"Insgesamt möchte ich betonen, dass die Lage in der Welt und das Verhalten unserer westlichen Partner wieder einmal gezeigt haben, dass wir unsere eigenen Kompetenzen im Schiffbau aktiver entwickeln sollten. Ich habe es schon oft gesagt: Es ist unmöglich, alles durch Importe zu ersetzen und es besteht auch keine Notwendigkeit dazu. Aber wir müssen die technologische Souveränität bei kritischen Positionen in der Schiffsbauausrüstung, bei den wichtigsten Produktionsprozessen und Technologien erreichen."

Putin betonte, dass Russland "über alles verfügt, was für eine stetige und langfristige Entwicklung des Schiffbaus notwendig ist, einschließlich der enormen Erfahrung und des Fachwissens in diesem Bereich, der Ressourcen und der industriellen Basis sowie des enormen Potenzials der wissenschaftlichen Institute und Konstruktionsbüros".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fe804548fbef68c67a8fa2.jpg>

*Stapellauf des kleinen hydrographischen Schiffs "Jakow Lapuschkin" auf der Wypel-Werft in Rybinsk (Wolga, Gebiet Jaroslawl) am 25. Mai 2022*

### 22:24 de.rt.com: **Nuklearterrorismus verhindern – russisches Außenministerium ruft die Welt zum Handeln auf**

Iwan Netschajew, der stellvertretende Direktor der Abteilung für Information und Presse des russischen Außenministeriums, hat die Weltgemeinschaft auf den "ukrainischen Nuklearterrorismus" [aufmerksam gemacht](#).

Seit Mitte Juli beschießen ukrainische Verbände täglich das Kernkraftwerk Saporoschje und die umliegenden Gebiete, darunter auch die Stadt Energodar, so Netschajew. Sie wenden inakzeptable Kampfmethoden an und benutzen Zivilisten als menschliche Schutzschilde.

"Am eklatantesten und unverantwortlichsten sind jedoch die offensichtlichen Erscheinungsformen des Nuklearterrorismus. Seit Mitte Juli beschießen ukrainische Verbände täglich das Kernkraftwerk Saporoschje und angrenzende Gebiete, darunter die Stadt Energodar. Zunächst hatten die Ukrainer die Anlage mit Drohnen angegriffen."

Es wird damit gerechnet, dass IAEA-Experten das AKW Saporoschje besuchen werden, um sich selbst ein Bild vom Verhalten des Kiewer Regimes zu machen.

### 22:57 de.rt.com: **Ukraine intensiviert Beschuss von Energodar – Russische Luftabwehr schießt mutmaßlich ukrainische Drohne bei Sewastopol ab**

RIA Nowosti berichtet über verschiedene Vorstöße der ukrainischen Streitkräfte.

So sollen die Kiewer Truppen die Stadt Energodar (in der Nähe des AKW Saporoschje) seit 22.50 Uhr Moskauer Zeit (21:50 Uhr Mitteleuropäischer Sommerzeit) mit schwerer Artillerie [beschießen](#), wie die regionalen Behörden von Saporoschje mitgeteilt haben.

Außerdem sei eine Drohne, deren Herkunft zunächst nicht näher bezeichnet wurde, in den Luftraum über der Krim eingedrungen. Die russischen Luftabwehrkräfte haben in der Nähe des Flughafens Belbek (nördlich von Sewastopol) diese Drohne abgeschossen. Vorläufigen Berichte zufolge habe es keine Verletzten gegeben, wie der Gouverneur von Sewastopol mitgeteilt habe, schreibt [RIA Nowosti](#).

### **vormittags:**

### 6:15 de.rt.com: **Schmuggelversuch am Moskauer Flughafen: 45 Goldbarren mit Gewicht von 225 kg eingezogen**

Auf dem Moskauer Flughafen Wnukowo sind sechs Lieferboten russischer und armenischer Herkunft festgenommen worden: Sie hatten versucht, 45 Goldbarren ins Ausland zu bringen. Den Kriminellen wird vorgeworfen, strategisch wichtige Güter geschmuggelt zu haben.

Zollbeamte des Moskauer Flughafens Wnukowo haben einen Versuch [vereitelt](#), 225 Kilogramm Gold im Wert von rund 800 Millionen Rubel (etwa 13 Millionen Euro) aus Russland nach Dubai zu exportieren, teilte der Pressedienst des Föderalen Zolldienstes Russlands am Donnerstag mit.

Die Beamten erklärten:

"Sechs Lieferboten versuchten, 45 Goldbarren ins Ausland zu bringen. Sie sind Bürger Russlands und Armeniens."

Die erste Gruppe von drei Personen sollte mit den Goldbarren im Gepäck und im Handgepäck nach Jerewan fliegen. Wie die Mitarbeiter des russischen Zolldienstes erklärten, sei diese Richtung nicht zufällig gewählt worden, weil Armenien Teil der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU) sei und es keine Zollkontrollen für die Passagiere gebe.

Die zweite Gruppe war auf dem Weg nach Dubai und passierte die Zollkontrollzone mit leeren Koffern. Nachdem die Verbrecher die Grenzkontrolle passiert hatten, trafen sich die Komplizen in der neutralen Zone des Flughafens. Vor dem Abflug tauschten sie das Handgepäck aus, um die Goldbarren nach Dubai zu bringen. Die Kriminellen wurden von Mitarbeitern des Zolls von Wnukowo im Flugzeug festgenommen.

Die ausländischen Staatsbürger wurden in Gewahrsam genommen, während sich die Russen schriftlich verpflichteten, nicht auszureisen.

Gegen die Täter wurden Strafverfahren eingeleitet. Ihnen wird Schmuggel strategisch wichtiger Güter vorgeworfen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fe52d548fbef673f460b60.jpg>

#### 7:41 de.rt.com: **AKW Saporoschje verstärkt Schutzmaßnahmen**

Die Schutzmaßnahmen am Kernkraftwerk Saporoschje sind verstärkt worden, wie das Mitglied der regionalen Verwaltung Wladimir Rogow der Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtete. Er sagte:

"Das Schutzsystem des AKW wurde verstärkt, alle Details kann ich nicht offenlegen. Wir sind gut gewappnet, denn von Selenskijs Regime kann man alles erwarten."

Das AKW Saporoschje in der Stadt Energodar steht unter russischer Kontrolle. In den vergangenen Tagen war es regelmäßig von ukrainischen Truppen beschossen worden, wobei nach Angaben der Gebietsverwaltung vom Westen gelieferte Artillerie und Raketen eingesetzt wurden.

Generalleutnant Igor Konaschenkow, der Pressesprecher des russischen Verteidigungsministeriums, warnte, dass Kiew für den Besuch von UNO-Generalsekretär Antonio Guterres eine Provokation am Kraftwerk vorbereite, um Russland die Verursachung einer atomaren Katastrophe anzulasten.

#### 7:56 de.rt.com: **Minsk statt Mailand: Russischer Reiseveranstalter bietet Shoppingtour nach Weißrussland an**

Während wohlhabende Russen früher spontan nach Europa flogen, um sich etwas Luxus zu gönnen, sind die heutigen Reiseangebote bodenständiger. Im Rahmen einer Tour können russische Shoppingfans nach Weißrussland reisen, um das zu kaufen, was zu Hause nicht erhältlich ist.

Russische Bürger kommen derzeit nur schwer ins Ausland. Einerseits gibt es keine Direktflüge in die EU, andererseits werden Forderungen laut, die Visa-Regeln für Russen zu verschärfen. Einige Nachbarländer [greifen](#) bereits zu drastischen Maßnahmen. Dazu kommt, dass viele internationale Läden den russischen Markt verlassen haben und gewohnte Waren nicht mehr erhältlich sind oder deutlich mehr kosten.

Aufgrund dieser Schwierigkeiten zeichnet sich ein neuer Trend ab: Immer mehr Russen fahren nach Weißrussland, um dort Markenartikel zu kaufen. Denn in Minsk sind weiterhin Geschäfte ausländischer Firmen tätig, die in Russland nicht mehr zu finden sind. Alle Waren können zudem mit Karten des russischen Zahlungssystems MIR bezahlt werden.

Auch die Anreise nach Weißrussland verläuft im Vergleich zum Rest Europas problemlos. Es gibt sowohl Flug- als auch Zugverbindungen in die Hauptstadt Minsk. Für Autofahrer wurden alle pandemiebedingten Beschränkungen für das Überschreiten der Landesgrenzen auch schon aufgehoben. Ein Visum ist für russische Bürger ebenfalls nicht erforderlich.

Vertreter der Reisebranche haben die erhöhte Nachfrage registriert und schnürten bereits ein Angebot: So bietet ein russischer Reiseveranstalter ab Ende August ein vorgefertigtes Reisepaket inklusive Flugtickets, Hotel, Transfer und Mahlzeiten an. Der Gesamtpreis beträgt rund 58.000 Rubel (knapp 1.000 Euro). Außerdem können sich alle, die Interesse haben, Bankkarten der Kreditkartenbetreiber Visa und Mastercard ausstellen lassen, die außerhalb Russlands funktionieren. Der Kurztrip mit An- und Abreise dauert insgesamt vier Tage und drei Nächte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fe4965b480cc57ea4c3cde.jpg>

### 8:24 de.rt.com: **DVR zieht traurige Tagesbilanz: Fünf tote und 23 verletzte Zivilisten nach Beschuss durch ukrainische Artillerie**

In den vergangenen 24 Stunden wurden auf dem Gebiet der Volksrepublik Donezk fünf Zivilisten beim Beschuss durch Rohr- und Raketenartillerie der ukrainischen Streitkräfte getötet und weitere 23 verwundet. Dies teilt der Stab für die territoriale Verteidigung der DVR auf seinem Telegram-Kanal mit:

"In den vergangenen 24 Stunden, von 08.00 Uhr am 18. August bis 08.00 Uhr am 19. August, wurden durch den Beschuss seitens der ukrainischen bewaffneten Formationen auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik fünf Menschen getötet und 23 weitere Zivilisten verwundet."

Am Morgen setzen die ukrainischen Streitkräfte den Beschuss von Ortschaften in der Volksrepublik fort. Betroffen sind die Stadt Gorlowka bei Donezk sowie Panteleimonowka und Nowobachmutowka.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 19.8.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 45 Mann;
- 5 Schützenpanzerwagen;
- 2 Artilleriegeschütze;
- 3 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

**In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Swetlodarsk, Lissitschank und Stachankow** unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern amerikanischer Herkunft M142 HIMARS, Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“ und Artilleriegeschützen des Kalibers 155mm **beschossen** und 3 Raketen und 17 Artilleriegeschosse abgefeuert.

Infolge des Beschusses

- **starben in Swetlodarsk zwei Zivilisten, darunter ein Kind, 12 Menschen wurden verletzt**, 4 mehrstöckige Wohnhäuser und ein Stadtkrankenhaus wurden beschädigt;
- wurde in Lissitschank ein Wohnhaus zerstört und eine Sanitätsstation beschädigt;
- wurde in Stachanow eine Fahrschule beschädigt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 18. August haben sie mehr als 8 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Schipilowka und Nowodruschesk zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

8:45 de.rt.com: **Stadt Gorlowka in der DVR unter Beschuss**

Ukrainische Truppen nehmen die Stadt Gorlowka sowie die benachbarten Siedlungen Pantelejmonowka und Nowobachmutowka unter Artilleriefeuer. Wie die Vertretung der Donezker Volksrepublik beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination meldet, wurden hierbei bisher insgesamt 13 Geschosse im Kaliber 152 und 155 Millimeter abgefeuert. Somit ist Gorlowka am heutigen Freitag zum zweiten Mal Ziel ukrainischer Artillerieangriffe. Beim vorherigen Beschuss kam eine Frau ums Leben.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 19.8.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner** nach Informationen des DVR-Vertreters im GZKK **375 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert** sowie **nicht lenkbare Luftraketen** des Kalibers 80mm eingesetzt.

Die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starben 6 Zivilisten und 23 wurden verletzt**. 21 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 D-30-Haubitze, eine Feuerstellung einer Mörsermannschaft, 1 Schützenpanzer. Die Verluste unter dem Personal des Gegners betragen mehr als 15 Mann.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

## 9:35 de.rt.com: Alarmbrief von Handwerkern an Kanzler Scholz: "Wollen Sie wirklich für die Ukraine Ihr Land opfern?"

Stetig steigende Energiepreise veranlassten 16 Mitglieder der Kreishandwerkerschaft Halle-Saalekreis, einen scharf formulierten offenen Brief an Bundeskanzler Scholz zu richten. Die besorgten Handwerker fordern aufgrund der steigenden Kosten ein umgehendes Ende aller Russland-Sanktionen.

Die Kreishandwerkerschaft Halle-Saalekreis in Sachsen-Anhalt sieht sich als Interessenvertretung der selbstständigen Handwerksmeister dieser Region. In einem offenen Brief richten 16 Mitglieder eindeutige Worte an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und gehen auf die Ängste, Sorgen und Nöte der Bürger ein. So heißt es in dem Brief:



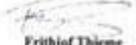
<https://pbs.twimg.com/media/FabuMOhXwAIGPqx?format=jpg&name=small>

  
**Jens Stierwald**  
 Obermeister der KFZ-Innung  
 Halle-Saalkreis

  
**Thomas Witzel**  
 Obermeister der Baugewerkinnung  
 Halle-Saalkreis

  
**Jens Schleier**  
 Obermeister der Tischlerinnung  
 Saale-Unstrut

  
**Jörg Tautenhahn**  
 Obermeister der Elektroinnung  
 Halle-Merseburg-Saalkreis

  
**Frithjof Thieme**  
 Obermeister der  
 Landesinnung für das  
 Elektromaschinenbauerhandwerk  
 Sachsen-Anhalt

  
**Jan Heyreuther**  
 Obermeister der  
 Innung des Metallhandwerks  
 Querfurt/Neutra

  
**Marcel Hoffmann**  
 Obermeister der  
 Innung des Dachdeckerhandwerks Halle

  
**Frank Liebes**  
 Obermeister der  
 SHK-Innung Marienberg-Querfurt

  
**Jens Fischer**  
 Obermeister der  
 Innung der Gold u. Silberschmiede  
 im Kammerbezirk Halle

  
**Daniel Börner**  
 Obermeister der  
 Schornsteinfeger Innung  
 im Kammerbezirk Halle

<https://pbs.twimg.com/media/FabuMrTWIAAhkUj?format=jpg&name=small>

"Wir als Handwerker wissen aus vielen Gesprächen mit unseren Kunden, dass die breite Mehrheit nicht gewillt ist, für die Ukraine ihren schwer erarbeiteten Lebensstandard zu opfern. Es ist auch nicht unser Krieg!"

Die Unterzeichner machen sich "berechtigte Sorgen, Sorgen um die Zukunft unserer Kinder und Enkel, Sorgen um den Fortbestand unserer Betriebe. Sorgen um unser Land". Weiter heißt es:

"Am 8. Dezember 2021 haben Sie geschworen, dass Sie Schaden vom deutschen Volk abwenden werden. Wir appellieren an Ihre Ehre: Erfüllen Sie diesen Schwur!"

Die Handwerker betonen zu Beginn des Schreibens, dass "der Angriff Russlands auf die Ukraine ein klarer Verstoß gegen Artikel zwei der UN-Charta" sei und daher "als schweres Verbrechen gesehen und kritisiert" werde. Bezüglich einer solidarischen und unterstützenden Regierungspolitik gegenüber der Ukraine wird auf die Veröffentlichung von Transparency International Deutschland e.V. verwiesen, wonach die Ukraine "im Jahr 2021 bei der Korruption Platz 122 belegte. Kein anderes europäisches Land schneidet hier schlechter ab", so die Verfasser, um dabei mahnend den Zitat-Klassiker des ehemaligen SPD-Verteidigungsministers Peter Struck zu adaptieren:

"Wird jetzt die Sicherheit Deutschland in der Ukraine verteidigt? Nein, es ist 20 Jahre später wieder der gleiche Fehler."

Mit dem Wissen und der Sorge, dass es in Deutschland "rumort", Preise in einem Tempo steigen würden, "dass 'Otto Normalverdiener' seinen Lebensunterhalt bald nicht mehr bezahlen kann", zeitnah Entlassungen und Schließungen von Betrieben drohen, wird Kanzler Scholz unmissverständlich gefragt:

"Wollen Sie der Kanzler sein, der Deutschland in den Ruin getrieben hat? Wollen Sie wirklich

für die Ukraine Ihr Land opfern?"

Die Forderungen der Kreishandwerkerschaft Halle-Saalekreis lauten daher:

- Sofortiger Stopp aller Sanktionen gegen Russland
- Sofortige Aufnahme von diplomatischen Verhandlungen zur Beendigung des Krieges.
- Alle politischen Entscheidungen sind auf den Nutzen für das deutsche Volk zu überprüfen – so wie Sie es geschworen haben.

Am Ende des offenen Briefes appellieren die Verfasser an Scholz, dass es nicht darum gehe, ob das Land, die Bürger "ein oder 2 Grad weniger Raumtemperatur oder ob Schwimmbäder ihre Wassertemperatur senken müssen". Es gehe vielmehr um Folgendes:

"Wir reden hier vom Sterben Deutschlands! Das erkennen viele Menschen in unserem Land, warum Sie nicht?"

Die finale Forderung an den Bundeskanzler lautet klar formuliert: "Ändern Sie Ihren Kurs. Im Interesse unserer Heimat."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ff1ea248fbef661d0bc807.jpg>

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Dialog mit Bürgern. 17. August 2022, Neuruppin, Brandenburg

### 9:58 de.rt.con: **Verwaltung des Gebiets Saporoschje lehnt Schaffung einer demilitarisierten Zone um das AKW ab**

Der Vorschlag des UN-Generalsekretärs António Guterres über die Einrichtung einer demilitarisierten Zone um das Saporoschje-Atomkraftwerk sei unverantwortlich und könne nicht realisiert werden, erklärte das Mitglied des Hauptrats der Verwaltung des Gebiets Saporoschje Wladimir Rogow.

Zuvor hatte Guterres erklärt, dass das Kraftwerk demilitarisiert werden solle, indem Soldaten und Kriegsgüter das Kraftwerk verlassen und dort künftig nicht stationiert werden. Darauf bezugnehmend erklärte Rogow der Nachrichtenagentur RIA Nowosti:

"Das ist ausgeschlossen. Diese Erklärung ist verantwortungslos. Ein Atomkraftwerk ohne Schutz zu lassen, kann nur jemand vorschlagen, der die Risiken entweder nicht versteht oder sie versteht und eine Tragödie provozieren will."

Rogow zufolge wäre eine konstruktive Maßnahme die Vereinbarung eines Waffenstillstands sowie eine Verhängung von militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen für dessen Bruch. Er sagte:

"Sobald ein Waffenstillstand vereinbart wird und Selenskijs Militärs die schweren Folgen für dessen Bruch bewusst werden, wird es keine Probleme in und um das Atomkraftwerk geben."

Das unter russischer Kontrolle stehende Saporoschje-Atomkraftwerk in der Stadt Energodar ist das leistungsfähigste Kernkraftwerk in Europa. Es war in den letzten Tagen von ukrainischen Truppen mehrmals unter Artilleriebeschuss genommen worden.

10:09 de.rt.com: **"Politico"-Bericht: USA unterstützen Angriffe der Ukraine auf die Krim**

Zuletzt erschütterten mehrere Explosionen die Krim. Die Ukraine hat die Verantwortung dafür nicht direkt bestätigt, doch Kiew will die Halbinsel "befreien". Einem Medienbericht zufolge seien die USA der Ansicht, die Krim, die sich 2014 wieder Russland angeschlossen hatte, sei ein legitimes Ziel.

Die USA betrachten ukrainische Angriffe auf die Krim als legitimes Ziel für "Selbstverteidigungszwecke", berichtete die US-Nachrichtenplattform Politico am Donnerstag unter Berufung auf einen namentlich nicht genannten Offiziellen in der Regierung von US-Präsident Joe Biden. Washington werde sich Angriffen auf die Halbinsel nicht in den Weg stellen, "wenn Kiew sie für notwendig hält", so die Online-Zeitung. Die historisch russische Krim war von 1991 bis 2014 Teil der unabhängigen Ukraine, bevor die Einwohner der Halbinsel für eine Wiedervereinigung mit Moskau stimmten.

Der namentlich nicht genannte Beamte der USA [erklärte](#) gegenüber der Nachrichtenplattform: "Wir wählen natürlich keine Ziele aus, und alles, was wir zur Verfügung gestellt haben, dient der Selbstverteidigung. Jedes Ziel, das sie auf souveränem ukrainischem Boden anvisieren, ist per Definition Selbstverteidigung."

Auf die Frage von Politico, ob die Regierung von US-Präsident Biden die Halbinsel als souveränes ukrainisches Territorium betrachte, antwortete der Offizielle: "Die Krim gehört zur Ukraine."

Die Krim hatte sich 2014 nach einem Staatsstreich in Kiew von der Ukraine abgespalten und in einem Referendum mit überwältigender Mehrheit für den Anschluss an Russland gestimmt, das vom Westen nicht anerkannt wurde.

Ein ukrainischer Vertreter sagte gegenüber dem Online-Medium, dass die "Botschaft der Unterstützung" der Regierung von US-Präsident Biden "ihren Weg nach Kiew gefunden hat". Der Bericht von Politico knüpft an frühere Äußerungen des ukrainischen Verteidigungsministers Alexei Resnikow an. Resnikow sagte etwa am Donnerstag gegenüber dem von der US-Regierung finanzierten Sender Voice of America, dass das Versprechen Kiews, russisches Territorium nicht mit den vom Westen bereitgestellten Waffen anzugreifen, nicht für die Krim gelte – und dass Washington keine Einwände gegen ukrainische Angriffe dort habe.

Starke [Explosionen in der Nähe eines Munitionslagers](#) erschütterten am Dienstag die Siedlung Maiskoje bei Dschankoi im Nordosten der Krim. Es war der zweite Vorfall dieser Art innerhalb weniger Wochen. Auch auf dem Militärflugplatz Saki bei Nowofjodorowka auf der Halbinsel ereignete sich Anfang des Monats eine Reihe von Explosionen, bei denen 14 Menschen verletzt und einer getötet wurde.

Das russische Verteidigungsministerium erklärte, bei den jüngsten Angriffen habe es sich um "Sabotageakte" gehandelt, bei denen zivile Objekte beschädigt worden seien, darunter Stromleitungen, ein Kraftwerk, eine Eisenbahnlinie und mehrere Wohngebäude.

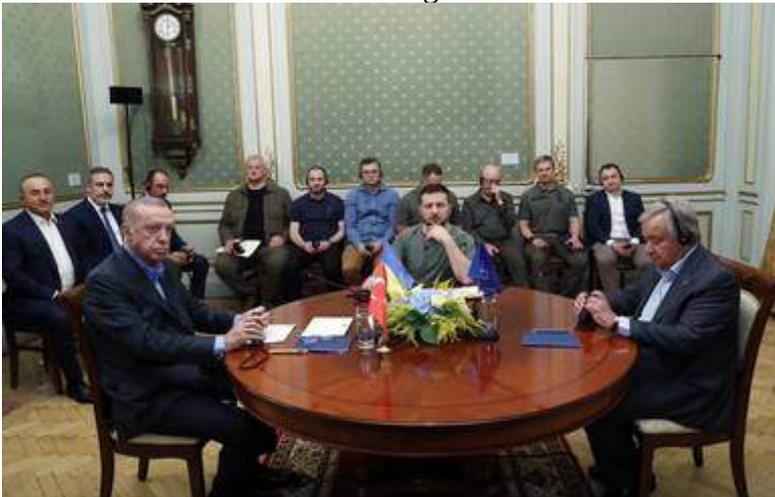
Die Ukraine hat die Verantwortung für die jüngsten Angriffe nicht direkt bestätigt, aber nach dem Vorfall auf dem Flugplatz Saki sagte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij, der Krieg habe "mit der Krim begonnen und muss mit der Krim – ihrer Befreiung – enden".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ff39f1b480cc1847407a3d.jpg>  
Rauchschwaden aus einem Munitionsdepot in der Siedlung Maiskoje bei Dschankoi im Nordosten der Krim am 16. August 2022

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 19. August 2022 hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik 270 Ortschaften, einschließlich Sajzewo und Datscha, befreit.  
Unsere Truppen setzen die Offensive in mehreren Richtungen fort!

10:41 de.rt.com: **Türkei setzt sich für Friedensverhandlungen im Ukraine-Konflikt ein**  
Die Türkei hält Verhandlungen für die einzig mögliche Lösung des Konflikts in der Ukraine, erklärte der Sprecher des türkischen Präsidenten İbrahim Kalın. Er schrieb auf [Twitter](#):  
"Die einzige Lösung besteht darin, dass alle eine friedliche Lösung durch Verhandlungen unterstützen, anstatt den Krieg zu befeuern."  
Kalın zufolge sei der Besuch des türkischen Präsidenten in Lemberg eine Fortsetzung der diplomatischen Initiativen Ankaras. Der Diplomat fügte hinzu, dass die Türkei die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine unterstütze.



<https://pbs.twimg.com/media/FagMiJIXwAEVgiz?format=jpg&name=small>

10:51 de.rt.com: **"Verleumdung Russlands": Moskaus Botschaft in den USA zu den Vorwürfen um das AKW Saporoschje**

US-Vorwürfe gegen Russland zur Lage um das AKW Saporoschje sind pauschale Verleumdung, während Washingtons Totschweigen der ukrainischen Angriffe auf das Gelände die Führung in Kiew zu deren Fortsetzung ermutigt, kommentierte die russische Botschaft in Washington, D.C.

Die Vereinigten Staaten schrecken bei ihren pauschalen Erklärungen zur Lage um das Kernkraftwerk Saporoschje nicht vor unverhohlenen Lügen zurück, um Russland zu verleumden. Fakten der ukrainischen Angriffe mit Kamikaze-Drohnen, Rohr- und Raketenartillerie auf das Gelände des AKW und die Umgebung werden hingegen totgeschwiegen – und diese Angriffe werden, hierdurch gedeckt, fortgesetzt. Dies geht aus einem am Donnerstag vom Pressedienst der russischen Botschaft in Washington veröffentlichten Kommentar hervor:

"Nach der Version des US-Außenministeriums vernachlässige Russland angeblich Fragen der nuklearen Sicherheit, während russische Militärangehörige angeblich Gewalt gegen Mitarbeiter von Kernkraftwerken anwenden sollen. Es werden keinerlei Beweise vorgelegt, und der Hauptverantwortliche für das Geschehen wird erneut ausgeklammert. Offensichtlich ekelt man sich in Washington bei den eigenen zügellosen Versuchen, unser Land zu verleumden, nicht vor unverhohlenen Lügen."

Von der lobpreisenden Rhetorik aus Washington bestärkt, lasse Kiew derweil seine Truppen immer weitere Angriffe auf das Atomkraftwerk Saporoschje mit Mehrfachraketenwerfern, Artillerie und unbemannten Flugzeugen verüben, so die russischen Diplomaten weiter:

"Stand 18. August wurden 12 Angriffe durchgeführt, wobei mehr als 50 Explosionen von Artilleriegranaten und fünf Kamikaze-Drohnen auf dem Gelände des Kernkraftwerks und der Stadt Energodar registriert wurden."

Weiterhin erinnerte die Botschaft an Aufklärungsdaten des russischen Verteidigungsministeriums, denen zufolge Kiew eine Provokation am Kraftwerk plane, infolge derer es zu einem Strahlungsaustritt kommen, die Unversehrtheit des Atommülllagers beeinträchtigt und den Reaktor in einen anormalen Betriebszustand versetzt werden soll:

"Ziel ist es, eine Sperrzone von bis zu 30 km zu erzwingen und Russland des Nuklearterrorismus zu beschuldigen."

Die russische diplomatische Vertretung betonte:

"Das Totschweigen dieser Fakten durch die US-Regierung ist inakzeptabel und bestärkt Kiew nur in seinem Gefühl der Straffreiheit. Wir warnen davor, dass diese unverantwortliche Rhetorik der USA die ukrainischen Streitkräfte dazu drängt, kriminelle Pläne umzusetzen, die die Gefahr einer technologischen Katastrophe bergen, mit deren Folgen Europa noch jahrzehntelang zu kämpfen haben wird."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ff425848fbef66cd1f5bf3.jpg>

*Botschaft der Russischen Föderation in Washington, DC. 08. August 2009*

10:57 de.rt.com: **FDP-Vize Kubicki: "Sollten Nord Stream 2 jetzt schleunigst öffnen"**

FDP-Vizechef Wolfgang Kubicki hat die Nutzung der derzeit noch nicht in Betrieb genommenen Pipeline Nord Stream 2 gefordert. Bekomme man so mehr Gas, helfe dies Deutschland – und später könne man die Pipeline ja auch wieder schließen, erklärte Kubicki. Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Wolfgang Kubicki hat sich angesichts der sich anbahnenden Gasmangellage in Deutschland für eine Öffnung der Ostseepipeline Nord

Stream 2 ausgesprochen. "Wir sollten Nord Stream 2 jetzt schleunigst öffnen, um unsere Gasspeicher für den Winter zu füllen", forderte Kubicki im Gespräch mit dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND):

"Der Bundeswirtschaftsminister muss alles dafür tun, dass wir mehr Energie zur Verfügung haben."

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages fordert vor dem Hintergrund der Gaskrise, auch weiterhin Gas aus Russland zu beziehen. Dem FDP-Politiker zufolge gebe es "keinen vernünftigen Grund, Nord Stream 2 nicht zu öffnen". Sollte der russische Präsident Wladimir Putin dann doch nicht mehr Gas liefern, habe Deutschland auch nichts verloren. "Kommt auf diesem Weg mehr Gas bei uns an, vielleicht sogar die komplette vertraglich zugesicherte Menge, wird das helfen, dass Menschen im Winter nicht frieren müssen und unsere Industrie nicht schweren Schaden nimmt", so Kubicki:

"Dafür zu sorgen, ist jetzt die oberste Pflicht der Bundesregierung."

Genau dies sei auch der Grund, weshalb andere Pipelines aus Russland nicht gekappt worden seien, erklärte der FDP-Vize. "Wenn die Gasspeicher gefüllt sind, können wir Nord Stream 2 ja wieder schließen – und die anderen Pipelines auch, wenn wir unabhängig geworden sind. Aber das sind wir nun mal noch nicht." Dass sich Deutschland Gas aus Russland liefern lasse, "wird doch nicht besser oder schlechter, weil es aus der einen oder der anderen Pipeline kommt", argumentierte Kubicki:

"Gas aus Nord Stream 2 ist nicht unmoralischer als aus Nord Stream 1. Es ist nur eine andere Röhre."

Auf die Frage, ob Putin die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 angesichts der derzeit bestehenden politischen Differenzen mit Deutschland nicht als großen Erfolg ausschalten würde, entgegnete der Bundestagsvizepräsident, alles, was dafür Sorge, dass mehr Gas hier ankomme, nütze Deutschland mehr als Putin. "Der größte propagandistische Erfolg für Putin wäre es im Übrigen, wenn uns das Gas ausgeht, während er noch gut an uns verdient hat. Das gilt es zu verhindern."

Vor dem Hintergrund der gedrosselten Lieferungen durch Nord Stream 1 hatte Putin die bisher noch nicht freigegebene Pipeline Nord Stream 2 im Juli erneut ins Spiel gebracht. Diese könne in Betrieb genommen werden, so der russische Präsident. Die Bundesregierung lehnt eine solche Inbetriebnahme allerdings weiterhin ab. Die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 ist bisher nicht genehmigt, ein Zertifizierungsverfahren war im Februar noch vor Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine gestoppt worden. Über Nord Stream 1 strömen derzeit nur rund 20 Prozent der sonst möglichen Gasmenge.

Der russische Energiekonzern Gazprom hatte seine Gaslieferungen über Nord Stream 1 im Juni heruntergefahren und dies mit technischen Problemen aufgrund einer fehlenden Turbine begründet, die mit anderen zusammen den Druck zum Durchpumpen des Gases erzeugt. Angesichts der derzeitigen Versorgungsstörungen warb Kubicki ferner dafür, die Möglichkeiten des Frackings auch in Deutschland auszuloten, um unabhängiger von Erdgaslieferungen zu werden. "Fracking kann über Jahrzehnte einen erheblichen Beitrag zur Versorgungssicherheit in Deutschland leisten", erläuterte der FDP-Politiker. Beim sogenannten Fracking wird Gas mithilfe von Druck und umstrittenen Chemikalien aus Gesteinsschichten gewonnen. Die Methode ist in Deutschland angesichts erheblicher Bedenken verboten, nur Probebohrungen sind erlaubt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ff3759b480cc177112b0d5.jpg>

FDP-Vize Wolfgang Kubicki

11:09 de.rt.com: **Litauischer Außenminister fordert EU-weite Aufhebung von schengen-weiten Touristenvisen für Russen**

Der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis kritisierte die EU-Länder, die weiterhin Visa an Russen ausstellen, und forderte die Aufhebung der zuvor ausgestellten langfristigen Schengen-Touristenvisa für Bürger Russlands und Weißrusslands. Er beschwerte sich in einem Leitartikel in der US-Zeitung Politico über die russischen Touristen, die seit der im Kontext des Ukraine-Konflikts sanktionsbedingten Unterbrechung des Flugverkehrs zwischen Russland und den EU-Staaten nun verstärkt auf dem Landweg in die nächstgelegenen Nachbarländer einreisen – eben in die baltischen Staaten. Dies werde ihnen von anderen EU-Staaten ermöglicht, die Russen nach wie vor Schengen-Visa ausstellen:

"Russische Touristen, denen von den baltischen Behörden das Visum verweigert wurde, können weiterhin in jedem anderen EU-Mitgliedstaat ein Visum beantragen [...] EU-Mitglieder, die weiterhin Touristenvisa für Russen ausstellen, 'laden' also faktisch russische Touristen in das Baltikum ein... Und dieser Widerspruch kann mit der Zeit zu einer Kluft zwischen den Ländern führen, die weiterhin Touristenvisa ausstellen, und denen, die dies bereits eingestellt haben."

Vielmehr sollen die Länder der Europäischen Union stattdessen die zuvor an Russen ausgestellten touristischen Mehrfach-Visa für den Schengen-Raum unverzüglich widerrufen:

"Gemeinsam müssen wir eine praktikable Gesamtlösung finden, um das Visumverbot so effektiv wie möglich zu gestalten. Und ab sofort müssen wir Touristen aus Russland und Weißrussland ein klares 'Nein' entgegensetzen [...]. Gleichzeitig müssen wir weiterhin diejenigen aufnehmen, die Asyl in Europa brauchen und keinen Urlaub."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ff532eb480cc0d924b93b7.jpg>

*Litauens Außenminister Gabrielius Landsbergis*

### 11:29 de.rt.com: **Indonesischer Präsident bestätigt Putins Teilnahme am G20-Gipfel auf Bali**

Russlands Präsident Wladimir Putin wird im November am G20-Gipfel auf Bali teilnehmen, bestätigte der indonesische Präsident Joko Widodo am Donnerstag. Auch Chinas Präsident Xi Jinping wird erwartet.

Laut dem gastgebenden indonesischen Staatschef Joko Widodo haben ihm Wladimir Putin und Xi Jinping bestätigt, dass sie im November zum G20-Gipfel nach Bali kommen werden. Widodo erklärte dies in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Bloomberg:

"Xi Jinping wird kommen. Präsident Putin hat mir auch mitgeteilt, dass er kommen wird".

Offizielle Bestätigungen über die Reisepläne erhielt Bloomberg allerdings zunächst weder von russischer noch chinesischer Seite. Chinas Außenministerium reagierte nicht auf eine Anfrage, ob Xi Jinping tatsächlich anreisen werde. Seit Beginn der COVID-19-Pandemie reiste er nicht mehr ins Ausland. Auch der Kreml hat die persönliche Teilnahme Putins bislang offengelassen.

Falls Wladimir Putin tatsächlich anreist, wäre es sein erstes persönliches Treffen mit Politikern aus dem Westen nach Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine. Michail Podoljak, ein Berater des ukrainischen Präsidenten, sagte Anfang dieses Monats, dass Wladimir Selenskij am G20-Gipfel teilnehmen würde, falls Putin anreisen sollte. Das Gastgeberland Indonesien hatte sich bereit gezeigt, am Rande des G20-Gipfels ein Treffen zwischen dem russischen und dem ukrainischen Präsidenten zu organisieren. Der indonesische Botschafter in Moskau bestätigte dies vergangene Woche.

Widodo sagte in dem Interview weiter, die Rivalität der großen Länder sei in der Tat besorgniserregend. "Wir wollen, dass diese Region stabil und friedlich ist, damit wir ein Wirtschaftswachstum aufbauen können. Und ich denke, nicht nur Indonesien, sondern auch die asiatischen Länder wollen das gleiche." Indonesien strebe nach Handel und Investitionen, die das Wirtschaftswachstum ankurbelten, sagte Widodo und fügte hinzu, dass das Land nicht einem bestimmten Block beitreten wolle. "Indonesien möchte mit allen befreundet sein", sagte er. "Wir haben keine Probleme mit irgendeinem Land."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ff47aa48fbef3a9807a89b.jpg>

14. November 2018: Der russische Präsident Wladimir Putin (rechts) bei einem Treffen mit dem indonesischen Präsidenten Joko Widodo (links)

### 11:49 de.rt.com: **FDP-Fraktionschef veneint: Öffnung von Nord Stream 2 wäre falsches Signal**

FDP-Fraktionschef Christian Dürr hat die Forderung von Parteivize Wolfgang Kubicki nach einer Öffnung der Ostsee-Gasleitung Nord Stream 2 zurückgewiesen. Er sagte der Deutschen Presse-Agentur:

"Wir beraten in diesen Wochen intensiv darüber, wie man die drohende Energiekrise im Winter abwenden kann. Als FDP-Bundestagsfraktion haben wir dazu eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 gehört nicht dazu."

Die Öffnung der von Russland nach Vorpommern führenden Pipeline "wäre ein falsches Signal an unsere europäischen Partner", so Dürr weiter. Eine Laufzeitverlängerung der drei verbliebenen Atomkraftwerke wäre dagegen ein richtiger Schritt und ein Zeichen der Solidarität mit den "europäischen Nachbarn".

Kubicki hatte gefordert:

"Wir sollten Nord Stream 2 jetzt schleunigst öffnen, um unsere Gasspeicher für den Winter zu füllen."

Er sagte dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) weiter, es gebe "keinen vernünftigen Grund, Nord Stream 2 nicht zu öffnen". Wenn Russlands Präsident Wladimir Putin dann doch nicht mehr Gas liefere, habe Deutschland nichts verloren. "Kommt auf diesem Weg mehr Gas bei uns an, vielleicht sogar die komplette vertraglich zugesicherte Menge, wird das helfen, dass Menschen im Winter nicht frieren müssen und unsere Industrie nicht schweren Schaden nimmt", betonte Kubicki. Dafür zu sorgen, sei oberste Pflicht der Bundesregierung.

### **nachmittags:**

### 12:21 de.rt.com: **Gesetz über Kollaboration: Ukrainische Zivilisten sollen eher verhungern, als russische humanitäre Hilfe anzunehmen**

In der Ukraine ist am 16. August ein neues Gesetz in Kraft getreten: das Gesetz über Kollaboration. Demnach werden Handlungen der Zusammenarbeit – mit den Truppen Russlands oder der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, oder aber auch mit den jeweiligen provisorischen zivilmilitärischen Verwaltungsorganen in den befreiten Gebieten der Ukraine – mit bis zu 15 Jahren Gefängnis bestraft. Nach Angaben einer Sprecherin des ukrainischen Innenministeriums, Aljona Matwejewna, gegenüber [Ukrinform](#) kann eine Person nicht nur dann verurteilt werden, wenn sie zur Unterstützung des russischen Militärs aufruft oder Informationen über das ukrainische Militär weitergibt. Nein, es reicht bereits, russische humanitäre Hilfe anzunehmen oder zu verteilen:

"Wenn eine Person beispielsweise zur Unterstützung des russischen Militärs aufruft oder Informationen zur Verfügung stellt, von dieser humanitäre Hilfe entgegennimmt und verteilt, dann ist das ein Strafmaß, wenn es sich aber um schwerwiegendere persönliche Handlungen handelt, [...] dann kann das Strafmaß in diesem Fall schwerwiegender sein und sogar bis hin zu lebenslanger Haft gehen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ff783148fbef0d88271e74.png>  
*Drei "Kollaborateure" mit dem "Besatzungsregime": Frau und zwei Kinder nach Empfang humanitärer Hilfe der Partei Einiges Russland. Dorf Wosnessenka, Landkreis Melitopol, Gebiet Saporoschje. 04. August 2022*

#### 12:42 de.rt.com: **US-Außenministerium warnt vor Einstufung Russlands als Unterstützer von Terrorismus**

Vertreter des US-Außenministeriums warnen den Kongress vor den negativen Folgen einer Einstufung Russlands als Unterstützer von Terrorismus. Ein möglicher Ausfall des Getreideabkommens und Verluste aus entgangenen Geschäften mit Russland bereiten den Politikern Sorgen.

Das US-Außenministerium hat dem Kongress signalisiert, dass es über einen Gesetzentwurf des Repräsentantenhauses besorgt ist, der Russland als Terrorismusunterstützer einstuft. Dies berichtet die Zeitung [Politico](#) unter Berufung auf Quellen.

Laut der Zeitung habe sich die Behörde bisher noch nicht offiziell zu dieser Initiative geäußert, sondern nur betont, dass die endgültige Entscheidung bei US-Außenminister Antony Blinken liege. Allerdings berichtete die Zeitung, dass Vertreter des US-Außenministeriums den Kongress kürzlich darüber informiert hätten, dass sie negative Folgen befürchteten, falls die Initiative angenommen werde.

Insbesondere warnte das US-Außenministerium davor, dass die Aufnahme Russlands in die Liste der staatlichen Förderer von Terrorismus das Getreideabkommen gefährden würde, welches die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der Ukraine ermöglicht.

Darüber hinaus würde dies US-amerikanische Unternehmen "effektiv von Geschäftsbeziehungen mit Moskau abhalten". Privatunternehmen in den USA, einschließlich jener, die am Getreidehandel beteiligt seien, könnten von den Sanktionen betroffen sein.

Vor dem Szenario, dass das US-Außenministerium es ablehne, Russland als staatlichen Förderer von Terrorismus einzustufen, habe Nancy Pelosi, die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Blinken gewarnt. In diesem Falle werde der US-Kongress diesen Schritt unternehmen, so Pelosi.

Daraufhin verabschiedete der US-Senat eine Resolution, in der der Außenminister aufgefordert wird, die Maßnahme umzusetzen. Allerdings ist das Dokument nicht bindend. Wenig später berichtete Politico, Republikaner und Demokraten planten die Eingabe eines

Gesetzentwurfs im US-Repräsentantenhaus, der dem Kongress die Befugnis geben soll, Russland unter Umgehung des US-Außenministeriums als Sponsor von Terrorismus zu einzustufen.

Ende Juli sagte Blinken, die Auswirkungen der westlichen Sanktionen gegen Russland, die als Reaktion auf die Militäroperation in der Ukraine verhängt wurden, kämen fast der Einstufung Moskaus Terrorunterstützer gleich. Laut Blinken prüfe das US-Außenministerium die Angelegenheit weiterhin. Das Weiße Haus erklärte ebenfalls, dass es eine solche Möglichkeit in Erwägung ziehe.

Mit Iran, Nordkorea, Kuba und Syrien stehen aktuell vier Länder auf Washingtons Liste der Terrorismus unterstützenden Länder. Die Aufnahme in die Liste bedeutet strenge Beschränkungen der Beziehungen zu den betreffenden Staaten, ein Verbot der Ausfuhr von Verteidigungsgütern, Ausfuhrkontrollen für Güter mit unklarem Verwendungszweck sowie finanzielle Beschränkungen. All diese Maßnahmen sind bereits Teil der antirussischen Sanktionen. Darüber hinaus sind Sanktionen gegen Staaten vorgesehen, die Handelsbeziehungen mit sogenannten Unterstützern von Terrorismus unterhalten.

Allerdings warnt Moskau Washington davor, dass die Einstufung Russlands als Terrorismus unterstützende Nation einen "Punkt ohne Wiederkehr" bedeute. Alexander Dartschijew, der Leiter der Nordamerika-Abteilung des russischen Außenministeriums, schließt nicht aus, dass Russland die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten herabstufen oder gar abbrechen könnte. Maria Sacharowa, die Sprecherin des Ministeriums, sagte, dass der Schritt zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den USA führen könnte und Moskau auf ein solches Szenario vorbereitet sei.

Bereits am 11. August hat Lettlands Parlament Russland als Terrorismus unterstützende Nation eingestuft. Der Kreml bezeichnete dies als "eine weitere Manifestation von Russophobie".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ff564db480cc1b12643e88.jpg>

12:52 de.rt.com: **AKW Saporoschje weiterhin im Normalbetrieb**

Das Oberhaupt der Verwaltung des Gebiets Saporoschje, Jewgeni Balizki, hat erklärt, dass das Kernkraftwerk in der Stadt Energodar weiterhin im Normalbetrieb bleibt. Die russischen Luftschutzsysteme haben sich beim Abfangen von ukrainischen Raketen und Drohnen als wirksam erwiesen. Balizki erklärte in einer Sendung des Kanals Rossija-1:

"Wir können das Kraftwerk schützen, heutzutage arbeitet der Luftschutz durchaus effektiv. Keine Rakete oder Drohne hat getroffen... Das Kraftwerk arbeitet im Normalbetrieb und wird es auch in Zukunft tun."

Gleichzeitig räumte der Politiker ein, dass der russische Luftschutz gegen Artillerie- und Mörserbeschuss gegenwärtig noch nicht ausreicht.

**dan-news.info: Ab dem 1. September wird das Schuljahr in der DVR mit mehr als 160.000 Schülern beginnen. 584 Schulen werden öffnen, in denen 34.000 Lehrer die Kinder**

empfangen werden, teilte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin mit.

Zur Zeit werden im ganzen Land die Schulen repariert, mit Computerräumen ausgestattet, mit Lehrbüchern und Literatur sowie Sportinventar versorgt. Die Lehrer durchlaufen eine Fortbildung zu russischen Bildungsstandards.

Alle Schulen sind zum Unterricht in Präsenzform bereit, das ist auch das Ziel. Aber eine abschließende Entscheidung über die Unterrichtsform wird kurz vorher getroffen. Am ehesten wird es ein kombiniertes Herangehen geben: Ein Teil der Schulen, die sich in sicheren Gebieten befinden, können Unterricht in Präsenzform durchführen, wonach sich alle, auch Lehrer und Eltern, sehr sehnen. Aber ein Teil der Schulen wird den Unterricht online durchführen, aufgrund von Sicherheitserwägungen. Solange sich die militärische Situation nicht stabilisiert.

Mehr als 60.000 Schüler der Klassen 1-4 werden kostenlos mit warmen Mahlzeiten versorgt werden, unter anderem auch den befreiten Territorien der Republik.

### 13:39 de.rt.com: **Sekretär des russischen Sicherheitsrates: Kiews Angriffe auf AKW Saporoschje auf Betreiben der USA**

Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, ist überzeugt, dass die ukrainischen Streitkräfte das Kernkraftwerk Saporoschje "auf Betreiben der Amerikaner" angreifen. Diese Einsicht teilte er am Freitag beim 17. Treffen der Sicherheitsratssekretäre der Mitgliedsstaaten der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ):

"Auf Betreiben der US-Amerikaner greifen die Ukrainer unaufhörlich kritisch wichtige Infrastrukturobjekte des Kernkraftwerks Saporoschje an. Wenn sich [dort] eine technologische Katastrophe ereignet, werden deren Folgen in jedem Winkel der Welt zu spüren sein."

Patruschew fügte hinzu, dass Provokationen von ähnlichem Grad an Zynismus von den USA und ihren "Vasallen" regelmäßig organisiert werden.

Das Treffen der Sicherheitsratssekretäre findet im Vorfeld des Gipfeltreffens der SOZ-Staats- und Regierungschefs statt, das vom 15. bis 16. September im usbekischen Samarkand geplant ist.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ff88afb480cc753f6a3be6.jpg>

### 14:11 de.rt.com: **Alliierte Truppen befreien Saizewo und Datscha in der DVR**

Die verbündeten Streitkräfte Russlands und der Volksrepubliken Donezk und Lugansk haben die Siedlungen Saizewo und Datscha nahe der Stadt Gorlowka in der DVR unter ihre

Kontrolle gebracht, teilte der Stab für die territoriale Verteidigung der DVR auf seinem Telegram-Kanal mit. Insgesamt wurden demnach im Laufe der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine bis heute 270 Ortschaften auf dem Gebiet der Volksrepublik befreit.

#### 14:38 de.rt.com: **Weißrusslands Innenministerium meldet Rekordzahl an Asylgesuchen**

Der Leiter der Abteilung für Staatsbürgerschaft und Migration des Innenministeriums Weißrusslands, Alexei Begun, hat erklärt, dass im laufenden Jahr seine Behörde eine Rekordzahl an Gesuchen über die Zuerkennung des Flüchtlingsstatus verzeichnete. Während einer Pressekonferenz sagte er:

"Dieses Jahr ist durch einen besonderen Anstieg der Anzahl von Personen, die einen Flüchtlingsstatus oder zusätzlichen Schutz beantragen, gekennzeichnet. Das ist die höchste Anzahl seit der Unabhängigkeit der Republik Weißrussland."

Begun gab bekannt, dass bis zum 15. August insgesamt 1.626 ausländische Bürger und Staatenlose einen Flüchtlingsstatus beantragt hätten. Er fügte hinzu, dass ein Großteil der Antragsteller aus der Ukraine stamme:

"Über 40.000 ukrainische Bürger kamen seit dem Beginn des Konflikts in unser Land. Ein Großteil der Antragsteller stammt aus diesem Staat."

Der Beamte erklärte weiterhin, dass das weißrussische Sozialsystem die Aufnahme und Integration der Geflohenen bewältigen könne. Für den Fall eines weiteren Anstiegs der Flüchtlingszahlen werde ein entsprechender Plan vorbereitet.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ff8a0e48fbef0f77346f55.jpg>

*Ukrainische Flüchtlinge an der ukrainisch-weißrussischen Grenze*

#### 15:06 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: "Kraken"-Kämpfer erschießen fliehende ukrainische Soldaten**

Die Kämpfer der nationalistischen Formation "Kraken" haben eine öffentliche Erschießung von 100 ukrainischen Soldaten der besiegten 58. motorisierten Infanteriebrigade vollzogen, die ihre Stellungen verlassen hatten. Dies teilte das russische Verteidigungsministerium in seinem täglichen Pressebericht am Freitag mit. Der Behörde zufolge zielt der Schritt darauf ab, Panik zu verhindern und die Angehörigen der ukrainischen Armee einzuschüchtern.

Vergangenen Montag hatte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, erklärt, dass das "Kraken"-Bataillon nach einem Luftangriff der russischen Luftstreitkräfte seine Kampfkraft verloren habe. Das russische Militär führt regelmäßig Angriffe auf die Standorte der Kämpfer der Formation durch. So war am 31. Juli über die Auslöschung von etwa 350 Kämpfern berichtet worden, die sich auf dem

Gelände einer technischen Schule in Charkow verschanzt hatten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ff8d8248fbef0cc002c675.jpg>

*Kämpfer der ukrainischen neonazistischen Einheit "Kraken" im Gebiet Kharkow*

### 15:12 de.rt.com: **EU-Statistikbehörde verzeichnet Anstieg von EU-Betrieben vor der Insolvenz**

Die Zahl der Insolvenzanträge ist laut der EU-Statistikbehörde Eurostat im Raum der Staatengemeinschaft im vierten Quartal in Folge gestiegen. Aus Deutschland kommt die Warnung, dass die explodierenden Kosten in den Bereichen Energie und Lebensmittel bestimmte Branchen gefährden.

Die Maßnahmen, die im Zuge der COVID-19-Pandemie verhängt wurden, haben unter anderem das Gastgewerbe schwer getroffen. Nun sei die Branche den Aussagen der Vertreter zufolge mit explodierenden Kosten in den Bereichen Energie, Lebensmittel und Personal konfrontiert.

Die Zahl der Insolvenzanträge im EU-Raum ist im Zeitraum April–Juni 2022 um 2,2 Prozent gestiegen, wie aus den jüngsten Daten der europäischen Statistikbehörde Eurostat hervorgeht. Die Agentur erklärte in einem am Mittwoch veröffentlichten Bericht:

"Im zweiten Quartal 2022 stieg die saisonbereinigte Zahl der Insolvenzanmeldungen in der EU um 2,2 Prozent und in der Eurozone um 2,5 Prozent im Vergleich zum ersten Quartal 2022."

Die Agentur gibt nicht die genaue Zahl der Anträge an, sondern nur den Prozentsatz. Laut Eurostat ist die Zahl der Insolvenzen jedoch das vierte Quartal in Folge gestiegen.

Eine Insolvenzanmeldung ist in der Regel der Beginn eines Verfahrens, das darauf abzielt, ein Unternehmen für zahlungsunfähig zu erklären. Es handelt sich um einen Antrag, der gestellt wird, um den finanziellen Engpass eines Unternehmens anzukündigen, der jedoch oft nur vorläufig ist und nicht immer zur Einstellung der Tätigkeit des Unternehmens führt.

Den Angaben aus dem Bericht zufolge verzeichnete Lettland während des genannten Untersuchungszeitraumes den größten Anstieg. So sei in dem EU-Land die Zahl der Unternehmen, die im zweiten Quartal 2022 einen Insolvenzantrag gestellt hatten, um 74,4 Prozent gestiegen. Es folgten Belgien mit einem Anstieg von 14,7 Prozent und Dänemark mit 11,9 Prozent.

Von dem Aus sind den Daten der EU-Statistikbehörde zufolge nicht nur Firmen aus einer bestimmten Branche betroffen. Laut Eurostat meldeten in diesem Zeitraum Unternehmen aus nahezu allen Wirtschaftszweigen der EU Insolvenz an. Im Vergleich zum Zeitraum vor der COVID-19-Pandemie stieg die Zahl der Anträge vor allem in den Bereichen Transport und Logistik sowie etwa im Beherbergungs- und Gaststättenwesen.

In Deutschland haben zuletzt Vertreter des Gastgewerbes davor gewarnt, dass man sich trotz einer Umsatzerholung im Juni weiterhin in einer tiefen Krise befinde. Den Betrieben drohe angesichts stark steigender Kosten das dritte Verlustjahr in Folge, warnte der Dehoga-Bundesverband am Freitag in Berlin. Vor allem die explodierenden Kosten in den Bereichen

Energie, Lebensmittel und Personal bedrohten die Branche. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat das Gastgewerbe in Deutschland im Juni dieses Jahres erstmals wieder einen Umsatz auf dem Niveau von vor der COVID-19-Pandemie [erreicht](#). Doch die Statistikbehörde verweist in ihrem Bericht darauf, dass dies jedoch vor allem auf die deutlichen Preissteigerungen bei den Wirten und Hoteliers zurückzuführen sei.

Demnächst könnte vor allem der Anstieg bei den Strompreisen für viele Betriebe das Aus bedeuten. Einige prophezeien sogar, dass Deutschland ab 2023 deshalb eine Pleitewelle im Mittelstand [bevorstehe](#).

Auch die Industrieunternehmen in der EU, die große Mengen an Erdgas benötigen, geraten immer stärker unter Druck. Laut einem Bericht der Nachrichtenagentur dpa wird mit der Budel-Hütte eine Zink-Hütte in den Niederlanden wegen des hohen Gaspreises die Produktion ab September laut Unternehmensangaben vorläufig stoppen.

Wie stark sich der hohe Gaspreis auf die Unternehmen auswirkt, zeigen laut dpa Daten zur Entwicklung der deutschen Erzeugerpreise vom Freitag. Die Preise, die Firmen für ihre Waren verlangen, waren im Juli im Jahresvergleich um 37,2 Prozent gestiegen und damit so stark wie noch nie. Hauptverantwortlich für den Schub der gewerblichen Erzeugerpreise ist weiterhin Energie, so die Nachrichtenagentur weiter. Mit den stärksten Einfluss hat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die Preisentwicklung bei Erdgas mit einem Anstieg von fast 164 Prozent im Jahresvergleich.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ff7d6548fbef0f77346f3e.jpg>

*Die Maßnahmen, die im Zuge der COVID-19-Pandemie verhängt wurden, haben unter anderem das Gastgewerbe schwer getroffen. Nun sei die Branche den Aussagen der Vertreter zufolge mit explodierenden Kosten in den Bereichen Energie, Lebensmittel und Personal konfrontiert.*

15:37 de.rt.com: **Lukaschenko: Weißrussland plant nicht, die Ukraine anzugreifen**

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat Angaben von Sputnik Belarus zufolge erklärt, dass sein Land keinen Angriff auf die Ukraine plane. Der Präsident betonte, dass eine militärische Auseinandersetzung keinen Zweck hätte.

Gleichzeitig behauptete Lukaschenko, dass die Ukraine selbst im laufenden Konflikt eine untergeordnete Rolle spiele:

"Die Ukraine kämpft heute nicht. Heute kämpft die ganze NATO und vor allem die USA gegen Russland."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ff8503b480cc753b05b3e6.jpg>

### 15:39 de.rt.com: **Erdoğan will mit Putin über Schicksal des AKW Saporoschje sprechen**

Der türkische Präsident erklärte, er werde die Situation bei dem AKW Saporoschje mit Wladimir Putin besprechen. Seiner Meinung nach muss Russland einen Schritt in Richtung Frieden machen, und Selenskij bat darum, auf Moskau einzuwirken, das Gebiet des Werks zu entminen.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat angekündigt, dass er mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin über die Situation im Atomkraftwerk Saporoschje sprechen will. Dies erklärte er Journalisten nach seiner Rückkehr aus der Ukraine, berichtete der Fernsehsender Haber Turk. Erdoğan sagte:

"Wir werden diese Frage mit Herrn Putin besprechen."

Er teilte auch mit, er werde Putin auffordern, bei den Verhandlungen über das Schicksal des Atomkraftwerks "einen wichtigen Schritt in Richtung Frieden" zu tun. Erdoğan fügte hinzu, dass der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij die Türkei gebeten habe, bei der Räumung des Gebiets um das Kernkraftwerk zu helfen, "weil die Situation bedrohlich ist". Er wies auch darauf hin, dass die Ukraine im Gebiet Saporoschje über eigenes technisches und militärisches Personal verfügt.

Erdoğan traf Selenskij bei seinem Besuch in Lwow am 18. August. Der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar, der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu und der türkische Minister für Land- und Forstwirtschaft, Vahit Kirişci, nahmen an dem Gespräch teil. Neben der Beratung mit Selenskij besprach sich Erdoğan auch mit UN-Generalsekretär António Guterres, der ebenfalls die Ukraine besucht. Sie erörterten insbesondere die Situation im Gebiet des Atomkraftwerks Saporoschje. Selenskij betonte, er habe bei diesem Treffen die Parameter für die IAEO-Mission im Kernkraftwerk vereinbart. Außerdem weigerte sich der ukrainische Präsident, mit Russland zu verhandeln, bevor es seine Truppen nicht vollständig aus dem Kernkraftwerk und dem ukrainischen Hoheitsgebiet abgezogen habe.

Zuvor hatte sich Russland zu den Vorschlägen der UNO geäußert, eine entmilitarisierte Zone im Kernkraftwerk Saporoschje einzurichten, sowie zu den Vorschlägen, den Atommeiler unter die Kontrolle der Ukraine zu stellen. Das russische Außenministerium betonte, dass diese Vorschläge inakzeptabel seien, da sie die Anlage "noch anfälliger" machen würden.

Das Atomkraftwerk Saporoschje ist gemessen an seiner Leistung das größte Kernkraftwerk Europas und das drittgrößte der Welt. Der Kernreaktor steht am Ufer des Kachowka-Stausees am Dnepr in der Nähe von Energodar in dem ukrainischen Gebiet Saporoschje.

Das russische Verteidigungsministerium gab bekannt, dass es am 28. Februar 2022 die Kontrolle über das AKW Saporoschje übernommen habe. Formal untersteht das Werk noch

immer der Kontrolle der ukrainischen Energoatom.

Seit Mitte Juli ist die Situation um das Kernkraftwerk eskaliert. Das russische Verteidigungsministerium und die prorussische zivil-militärische Verwaltung des Gebiets berichteten vom wiederholten Beschuss der Atomanlage durch das ukrainische Militär. Am 18. August erklärte das russische Verteidigungsministerium, dass es von den Plänen Kiews wisse, eine Provokation im Atomkraftwerk inszenieren und Moskau die Schuld an der Katastrophe geben zu wollen. Nach Angaben des Ministeriums planen Einheiten der 44. Artilleriebrigade der ukrainischen Streitkräfte von ihren Feuerstellungen in den Städten Nikopol und Marganez aus Artillerieangriffe auf das Gebiet des Atomkraftwerks Saporoschje zu führen. Die Schuld an den Folgen solle jedoch den russischen Streitkräften angelastet werden, obwohl sich in der Nähe der Anlage keine schweren russischen Waffen befinden, betonte das Verteidigungsministerium.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ff78e3b480cc76cb2f67e7.jpg>

#### 16:06 de.rt.com: **Russlands IAEO-Vertreter: Westen gegenüber Strahlensicherheit gleichgültig**

Das Verhalten der westlichen Länder zeigt, dass ihnen die nukleare Sicherheit am Kernkraftwerk Saporoschje – gänzlich entgegen ihren eigenen Erklärungen – vollkommen gleichgültig sei. Diese Einschätzung teilte Michail Uljanow, Ständiger Vertreter Russlands bei internationalen Organisationen in Wien (und somit auch bei der Internationalen Atomenergieorganisation), am Freitag im Pressezentrum der internationalen Mediengruppe Rossija Sewodnja, als er den wiederholten Beschuss des AKW durch ukrainische Streitkräfte kommentierte:

"Die Position der westlichen Länder ist verwunderlich – oder vielleicht auch nicht mehr verwunderlich. Sie weigern sich im Wesentlichen, solche Handlungen zu verurteilen oder sich zumindest dafür einzusetzen, dass sie eingestellt werden. Ich denke, dass sie auch auf bilateralem Weg nicht allzu intensiv auf die Ukrainer einwirken. Das heißt, sie zeigen: Entgegen ihren Erklärungen und Behauptungen haben sie auf die Belange der nuklearen Sicherheit in Wirklichkeit gepfiffen."

#### 16:39 de.rt.com: **Erdoğan schlägt Selenskij Treffen mit Putin vor**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat behauptet, er habe Wladimir Selenskij bei den Verhandlungen in Lwow angeboten, sein Treffen mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin in der Türkei auszurichten. Nach Angaben des türkischen Staatschefs war das Hauptthema der Gespräche der seit Februar andauernde militärische Konflikt in der Ukraine. Nach seiner Rückkehr aus Lwow sagte Erdoğan vor Reportern:

"Wir haben mit Herrn Selenskij alle Aspekte unserer bilateralen Beziehungen erörtert. [...] Ich habe bekräftigt, dass wir unsere Solidarität und Unterstützung für die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine fortsetzen werden. [...] So, wie ich es Herrn Putin bei meinem

Besuch in Sotschi gesagt habe, habe ich auch Herrn Selenskij daran erinnert, dass wir ein Treffen zwischen den beiden arrangieren könnten."

Erdoğan zufolge wurden während des trilateralen Treffens mit Selenskij und UN-Generalsekretär António Guterres mögliche Schritte zur Erleichterung der Ausfuhr ukrainischen Getreides erörtert. Darüber hinaus fügte das türkische Staatsoberhaupt hinzu, dass er mit Putin die Situation im Kernkraftwerk Saporoschje besprechen wolle.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ff7f31b480cc753b05b3e3.jpg>  
*Die Staatschefs der Ukraine und der Türkei, Wladimir Selenskij und Recep Tayyip Erdoğan, im Laufe der Verhandlungen in Lwow, 18. August 2022*

### **Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 19. August 2022****

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 85 befreiten Ortschaften wurden **Renten und Sozialleistungen ausgezahlt**.

Mehr als 7200 Menschen wandten sich an Einrichtungen des Gesundheitswesens.

In Mariupol wurden zwei Kommunikationsobjekte in Betrieb genommen.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben **Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken** in Mariupol, Wolnowacha, Sachanka, Krasnyj Liman, Nowoje, Losowoje und Rubzy durchgeführt.

In Wolnowacha, Mariupol, Krasnyj Liman, Swetlodarsk und in Agrobasa gehen die **Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem** weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 20 Hektar Territorium untersucht und 57 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk, Luganskoje, Makejewka, Pantelejmonowka und Jassinowataja-Bezirk abgeworfen. Zur Zeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:11 de.rt.com: **Erdoğan: Türkei wird Ukraine wiederaufbauen – Memorandum mit Infrastrukturbehörde signiert**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat erklärt, sein Land werde sich für den Wiederaufbau der durch den Konflikt beschädigten Infrastruktur der Ukraine einsetzen. Dies geschah nach seiner Rückkehr aus Lwow vor Reportern des Präsidentschpools. Im westukrainischen Lwow fanden am Donnerstag trilaterale Gespräche zwischen Erdoğan, dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij und UN-Generalsekretär António Guterres statt. "Wir haben mit unserem strategischen Partner Ukraine abgesprochen, die Zusammenarbeit in allen Bereichen weiter zu festigen. Ich hoffe, dass unsere Verhandlungen dazu beitragen werden, den Frieden und die Stabilität in unserer Region sowie den Weltfrieden zu sichern." An völkerrechtlichen Grundlagen solcher Zusammenarbeit sei als Ergebnis der Verhandlungen ein Memorandum entstanden, so Erdoğan weiter:

"Während des Besuchs wurde ein Memorandum über die Zusammenarbeit zwischen dem Handelsministerium der Türkei und dem Ministerium für Infrastruktur der Ukraine unterzeichnet, gemäß welchem wir am Wiederaufbau der durch den Konflikt zerstörten Infrastruktur arbeiten werden."

Es wird erwartet, dass sich türkische Unternehmen und staatliche Stellen direkt am Wiederaufbauprozess beteiligen und beratende sowie technische Hilfe leisten können.

17:43 de.rt.com: **Sekretär des russischen Sicherheitsrates: Westen bereitet sich auf einen Konflikt mit Russland vor**

Der Westen hört nicht auf, sich auf einen offenen bewaffneten Konflikt mit Russland vorzubereiten. Darauf wies der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, hin. Er stellte laut [RIA Nowosti](https://ria.ru/) fest:

"Die Entwicklungen rund um die Ukraine zeigen, dass der Westen versucht, zwischen hybriden Aktionen und einem offenen bewaffneten Konflikt mit unserem Land zu balancieren, auf den er sich ständig vorbereitet."

Diese Absicht des Westens sei bereits offiziell anerkannt und in den auf dem NATO-Gipfel in Madrid angenommenen Doktrin-Dokumenten des Bündnisses verankert worden, so der russische Sicherheitsbeamte. Er fügte hinzu:

"Die US-Amerikaner versuchen, ähnliche Maßnahmen gegen unsere chinesischen Partner zu ergreifen, wie die jüngste US-Provokation in Taiwan gezeigt hat."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ff90adb480cc753b05b3ff.jpg>

*US-Militärkonvoi während eines Manövers auf der schwedischen Insel Gotland*

17:45 de.rt.com: **Chinesischer Yuan schlägt US-Dollar im Devisenverkehr an Moskauer Börse**

Am Donnerstag wurden erstmals in der Geschichte mehr chinesische Yuan als US-Dollar im Devisenverkehr in Russland umgesetzt. Sachverständige erklären dies damit, dass sich große russische Exporteure verstärkt auf asiatische Märkte ausrichten.

Erstmals in der Geschichte der Moskauer Börse wurden am Donnerstag mehr chinesische Yuan als US-Dollar im Devisenverkehr umgesetzt. Am 18. August um 13.40 Uhr MEZ belief sich das Handelsvolumen in Yuan auf 45,36 Milliarden Rubel (etwa 739 Millionen Euro) und übertraf damit den US-Dollarumsatz von 43,7 Milliarden Rubel (723 Millionen Euro). Das Volumen der Transaktionen in Euro belief sich auf 49,9 Milliarden Rubel (821 Millionen Euro), wie aus Daten der Moskauer Börse hervorgeht.

Jegor Schilnikow, Chefanalyst der Abteilung für Wirtschafts- und Industrieanalysen bei der Promswjasbank, erklärte der russischen Nachrichtenagentur Interfax, dass der Yuan den US-Dollar aufgrund der Handelsaktivitäten von Exporteuren auf dem Devisenmarkt übertroffen habe, die sich auf asiatische Märkte konzentriert hätten. Er wies auch darauf hin, dass eine große Anzahl von Branchen in Russland bereits auf den Export in asiatische Märkte umgestellt hätten, wie beispielsweise die Eisen- und Stahlindustrie.

Anfang des Monats hatte die Moskauer Börse mit dem Handel von in Yuan nominierten Anleihen begonnen, um mehr asiatische Investoren anzuziehen. Die erste Emission machte der russische Aluminiumkonzern RUSAL.

Das gesteigerte Interesse russischer Investoren am chinesischen Yuan und anderen asiatischen Währungen ist auf die Sanktionen gegen Russland zurückzuführen, die von westlichen Staaten als Reaktion auf die russische Militäroperation in der Ukraine verhängt worden waren. Im Gegenzug stellte Moskau die Bezahlung von Erdgasexporten in "unfreundliche Länder" auf Rubel um, was die russische Währung weiter stärkte. Am Donnerstag stieg der Rubel gegenüber dem US-Dollar und dem Euro aufgrund steigender Rohölpreise und einer bevorstehenden Runde von Steuereinnahmen in Russland auf ein Zwei-Wochen-Hoch.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ff5d58b480cc177112b0fc.jpg>

## abends:

18:22 de.rt.com: **Gazprom: Nord Stream 1 wird vom 31. August bis zum 2. September wegen Wartungsarbeiten unterbrochen**

Laut dem russischen Energiekonzern Gazprom soll die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 vom 31. August bis zum 2. September gewartet werden. Grund dafür seien Wartungsarbeiten an einem Kompressor.

Nach Angaben des russischen Energiekonzerns Gazprom wird die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 für drei Tage unterbrochen. Wie Gazprom mitteilte, soll die Pipeline vom 31. August bis zum 2. September gewartet werden. Grund dafür ist dem Unternehmen zufolge "die planmäßige Wartung der einzigen funktionierenden Gasförderanlage". Konkret geht es um den einzigen betriebsfähigen Kompressor an der Verdichterstation Portowaja bei St.

Petersburg. Im Einklang mit den Bestimmungen des deutschen Partnerunternehmens Siemens müsse diese alle 1.000 Stunden untersucht werden.

Sofern bei der Wartung keine Fehler festgestellt werden, werde man die Lieferungen mit dem derzeitigen Volumen von 33 Millionen Kubikmeter Gas wiederaufnehmen. Dies entspricht 20 Prozent der normalen Liefermenge. Zuvor hatte Russland die Lieferungen im Sommer reduziert und dafür technische Gründe angegeben. Hintergrund dessen waren Wartungsarbeiten an Turbinen. Im Vorfeld gab es Diskussionen wegen einer Turbine des deutschen Unternehmens Siemens, die in Kanada gewartet wurde.

Aufgrund der Sanktionen gegen Russland konnte diese jedoch nicht ausgeliefert werden und befindet derzeit in Mühlheim in Deutschland. Die deutsche Regierung wirft Russland hingegen vor, dass es sich bei den Turbinen um einen vorgeschobenen Grund handelt, da es keine technischen Gründe für Russland gebe, die Gaslieferungen zu reduzieren. Russland zufolge könne die Turbine jedoch aufgrund fehlerhafter Dokumente nicht geliefert werden. Nach Angaben von Gazprom müssen zudem alle fünf Turbinen in Betrieb sein, um Gas mit voller Kapazität zu pumpen. Beim Aggregat, das gewartet werden soll, handelt es sich um die letzte der sechs Turbinen der Pipeline, die in Betrieb ist, während die übrigen überholt werden müssen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ffc27eb480cc74e20e3451.jpg>

*Nord Stream 1 Pipeline in Lubmin*

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 19.08.22**

**Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen DVR-Vertretung im GZKK mehr als 80 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.**

Die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. In der Folge der Beschüsse wurde ein friedlicher Einwohner verletzt. 6 Wohnhäuser wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte friedliche Einwohner und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Zurzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 7 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:43 de.rt.com: **Russland: Mehr als 3,5 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine und dem Donbass seit Februar angekommen**

Mehr als 3,5 Millionen Flüchtlinge sind seit Februar aus den Gebieten der Ukraine und des

Donbass nach Russland eingewandert. Dies teilten russische Strafverfolgungsbehörden am Freitag gegenüber [TASS](#) mit. In der Mitteilung hieß es: "Nach den neuesten Zahlen sind seit Februar 3,5 Millionen Flüchtlinge, darunter fast 560.000 Kinder, in Russland angekommen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ff949ab480cc74e20e340c.jpg>  
*Ukrainische Flüchtlinge aus Isjum in einem provisorischen Unterbringungszentrum in Belgorod*